



Stadt Leverkusen

Vorlage Nr. 0152/2009

Der Oberbürgermeister

IV/KSL-Die **Betriebsleitung**
Dezernat/Fachbereich/AZ

05.11.09
Datum

Beratungsfolge	Datum	Zuständigkeit	Behandlung
Betriebsausschuss KulturStadt-Lev	17.11.2009	Vorberatung	öffentlich
Finanzausschuss	07.12.2009	Vorberatung	öffentlich
Rat der Stadt Leverkusen	14.12.2009	Entscheidung	öffentlich

Betreff:

Kienbaum-Gutachten für den Bereich der KulturStadtLev (KSL)

Beschlussentwurf:

Der mit Vorlage Nr. R 450/16. TA beschlossene Kienbaum-Einsparvorschlag lfd. Nr. 44 wird von bisher 600.000 € um 200.000 € auf 400.000 € verringert.

gezeichnet:

Buchhorn

Häusler

Adomat

Begründung:

Das Kienbaum-Gutachten kommt unter der lfd. Nr. 44 zu dem Ergebnis, dass die Musikschule durch

- Erhöhung der Musikschulgebühren (214.510 €),
- Umwandlung von Ferienüberhang in Unterrichtszeiten (237.000 €),
- Personalkosteneinsparungen durch Rückgang der Schülerinnen/Schülerzahl aufgrund der Gebührenerhöhungen (95.000 €),
- Abbau fest angestellter Lehrerinnen und Lehrer, dafür Einsatz von Honorarkräften (53.490 €),

bis 2010 eine Einsparsumme in Höhe von 600.000 € (gegenüber 2005) erbringen könne.

Derzeitiger Sachstand:

Aufgrund der von 2006 bis 2009 beschlossenen Gebührenerhöhungen und der für 2010 vorgesehenen Erhöhungen der Musikschulgebühren sowie der Instrumentenmiete wird eine Mehreinnahme gegenüber dem Ergebnis 2005 um 232.165 € erwartet. In dieser Summe sind die möglichen Verbesserungen durch die Umwandlung von Ferienüberhang in Unterrichtszeiten bereits enthalten.

Zusätzlich hierzu können durch das altersbedingte Ausscheiden von Lehrkräften ab 2010 gegenüber 2005 jährlich rd. 220.000 € Personalkosten eingespart werden, nach Gegenrechnung der Kosten für den geforderten verstärkten Einsatz durch Honorarkräfte fallen rd. 55.000 € höhere Honorarkosten an - die Personalkosteneinsparung beträgt somit rd. 165.000 €

Die Musikschule wird ab 2010 einen jährlichen Einspareffekt von knapp 400.000 € erzielen und hat damit die ihr möglichen Vorgaben umgesetzt. Die vollkommen unrealistische Forderung nach weiteren Mehreinnahmen durch Umwandlungen von Ferienzeiten in Unterrichtszeiten ist mit dem Konzept der Musikschule nicht vereinbar. Bei Umsetzung dieser Maßnahme müsste auf die Präsentation der Unterrichtsergebnisse, die derzeit durch die Teilnahme von Ensembles an Veranstaltungen außerhalb des normalen Unterrichtsbetriebes stattfindet, verzichtet werden.

Die Verwaltung bittet deshalb, den unter lfd. Nr. 44 gefassten Beschluss der Vorlage Nr. R 450/16. TA aufzuheben und die Einsparsumme von 600.000 € auf 400.000 € zu verringern.